

Deutschland-Bubenreuth: Bauarbeiten
OJ S 93/2023 15/05/2023
Bekanntmachung vergebener Aufträge
Bauleistung

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Sozio-kulturelles Zentrum Bubenreuth
Postanschrift: Hauptstraße 7
Ort: Bubenreuth
NUTS-Code: DE257 Erlangen-Höchstadt
Postleitzahl: 91088
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Bühner & Partner Rechtsanwälte mbB
E-Mail: sommer@buehner-rae.de
Telefon: +49 9112558650
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.bubenreuth.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Gemeinde Bubenreuth, Bauleistungen H7 (Elektroanlagen)
Referenznummer der Bekanntmachung: 019/2022

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

45000000 Bauarbeiten

II.1.3. Art des Auftrags

Bauftrag

II.1.4. Kurze Beschreibung

Bauleistungen für den Umbau einer Hofstelle mit denkmalgeschütztem Wohnhaus und alter Scheune zu einem Bürgerzentrum mit Museum und Bücherei.
Die Baumaßnahme wird in 3 folgende Bauabschnitte aufgeteilt:
1) Neubau Bücherei, Foyer und Saal einschl. Unterkellerung
2) Umbau und Sanierung best. Scheune zu Museum
3) Umbau und Sanierung des best. Wohnhauses (Einzeldenkmal)
Allgemeine Projektbeschreibung für alle Bauabschnitte:

Das ehemalige Wohnhaus der Hofstelle wird zukünftig als Bürgerhaus/Bürgerwerkstatt genutzt. Die Sandsteinfassade bleibt erhalten und wird nur an den notwendigen Stellen überarbeitet. Die Fenster werden erneuert, Fensterläden werden wieder angebracht. Das EG beherbergt Räume für Bürgerwerkstatt, Hausmeister und Cateringküche mit Café im ehemaligen Stallraum des Wohnhauses. Hier kann die Decke nicht gehalten werden und wird durch eine neue Holzbalkendecke ersetzt.

Im OG sind Büroräume für Hausverwaltung und Museum vorgesehen. Die Decke über dem OG wird wärme gedämmt. Das DG wird nicht ausgebaut. Die Innenausstattung wie Böden, Türen und Putze bleibt soweit möglich erhalten.

Das Baudenkmal wird im Osten querschnittsgleich verlängert und in den Neubau eingebunden. Der bestehende Zwischenbau und ein Teil der Scheune werden rückgebaut und durch einen Neubau ersetzt.

Der neue, 2-geschoßige Verbindungsbaukörper mit Satteldach zwischen Baudenkmal und Scheune nimmt die Traufhöhe des Baudenkmals auf und schließt die Hofanlage dreiseitig. Die beiden Bestandsgebäude leiten die Besucher über den Werkhof in den Eingang im Neubau. Hier wird man vom Foyer mit Museumsshop, Info etc. empfangen.

Im Foyer stehen für die Besucher Informationsmöbel, Ticketautomat und Schließfächer zur Verfügung. Ein großer Luftraum verknüpft den Eingangsbereich im EG mit dem Foyer im OG. Über das Foyer sind im EG die Bücherei, Schließfächer, die Sanitärräume und die multifunktionalen Räume in der Scheune erreichbar.

Mit einer einläufigen Treppe bzw. mit dem Aufzug gelangen die Besucher ins OG. Hier sind der Saal sowie die Dauerausstellung angebunden. Im Osten ist über einen Laubengang der rückwärtige Gartenhof angebunden. Somit kann auch dieser Bereich für Veranstaltungen mitgenutzt werden und weist die erforderlichen Rettungswege aus den oberen Geschoßen nach.

Die Dauerausstellung im OG der Scheune besteht aus einer vorgelagerten Auftaktzone mit Zwischendecke und dem dachhaltigen Ausstellungsraum. Über der Auftaktzone wird die Haustechnik (Lüftungsanlage) für die Ausstellung installiert. Eine zusätzliche, giebelseitige Treppe dient als Fluchtweg und bildet gleichzeitig einen Rundgang, z.B. bei Sonderausstellungen im EG der Scheune. Durch die Höherlegung des Scheunendaches wird der Dauerausstellungsraum ohne Flächeneinschränkungen barrierefrei nutzbar.

Das Kellergeschoß unter dem Neubau ist mit Aufzug und nicht öffentliche Treppe erreichbar. Hier sind Technikräume, Lager für Saal, Bücherei, Kühlzellen für Catering sowie das Museumsdepot mit Archiv, Depot, Vorbereitung, Quarantänerraum und Abstellraum untergebracht. Die Technikinstallationen werden auf den Wänden sichtbar verlegt.

Konstruktion und Tragwerk:

Die Konstruktion vom Baudenkmal Wohnhaus bleibt unverändert, im Stallraum wird eine neue Holzbalkendecke eingezogen.

Die Scheune wird im nördlichen Teil rückgebaut, der südliche Teil mit der Backsteinfassade bleibt erhalten.

Die Dachkonstruktion wird angehoben, so dass das Ensemble eine umlaufende Dachkante erhält.

Der Neubau in Holzbauweise verbindet Denkmal und Scheune. Der bestehende Zwischenbau (Stall- und Lagergebäude) wird rückgebaut.

Das Kellergeschoß wird als weiße Stahlbetonwanne wasserdicht ausgebildet.

Hochwasserschutz:

Der Hochwasserschutz wurde von der Gemeinde außerhalb des Baugrundstücks umgesetzt. Aufgrund der Verwendung der Bestandsgebäude und barrierefreie Zugänge kann das Fußbodenniveau im EG nicht angehoben werden.

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.7. Gesamtwert der Beschaffung

Wert ohne MwSt.: 531 898,54 EUR

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

45310000 Installation von elektrischen Leitungen, 45311000 Installation von Elektroanlagen, 45311200 Elektroinstallationsarbeiten

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE257 Erlangen-Höchstadt

Hauptort der Ausführung: Sozio-kulturelles Zentrum Bubenreuth Hauptstraße 7 91088 Bubenreuth

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Wesentliche Elektroinstallationsarbeiten für das Projekt:

1 St. Zentrale Batterieanlage mit 60 St. Sicherheitsleuchten

10 St. Verteilungen

25000 m Kabel

400 St. Beleuchtungskörper

1 Bühnenbeleuchtung mit 6 Scheinwerfern

1 EDV Datennetz mit 77 St. Datendosen

1 RWA-Anlage

Die genauen Arbeiten ergeben sich aus dem Leistungsverzeichnis "760 Sozi kulturelles Zentrum Bubenreuth / Elektroanlagen". (Bei Widersprüchen zwischen den obigen Angaben und dem LV gilt Letzteres als verbindlich.)

II.2.5. Zuschlagskriterien

Preis

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

VerhandlungsverfahrenBeschleunigtes VerfahrenBegründung:

Das Gewerk wurde bereits einmal ausgeschrieben mit Auftragsbekanntmachung [2022/S 128-363400](#). Da nur auszuschließende und nicht annehmbare Angebote eingegangen waren, hob der Auftraggeber das Vergabeverfahren auf.

Die nun erneut notwendig werdende Ausschreibung darf den Bauablauf nicht verzögern. Mit der Ausführung der hier ausgeschrieben Leistungen soll ab Anfang Februar 2023 begonnen

werden. Würden die Regelfristen von 30 Tagen (Teilnahmewettbewerb) und 25 Tagen (Angebotsfrist) eingehalten, wäre zu befürchten, dass eine Auftragserteilung nicht vor Weihnachten erfolgen könnte. Dies würde den Bauablauf gefährden als auch die teilnehmenden Unternehmen unter erheblichen Druck setzen und womöglich von einer Angebotsabgabe abschrecken. Daher hat der Auftraggeber entschieden, gemäß § 10c EU Abs. 1 VOB/A i.V.m. § 10b EU Abs. 5 Nrn. 1 und 2 VOB/A die Teilnahmefrist auf 15 Tage und die Angebotsfrist auf 10 Tage zu verkürzen.

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.1. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2022/S 199-561397](#)

IV.2.8. Angaben zur Beendigung des dynamischen Beschaffungssystems

IV.2.9. Angaben zur Beendigung des Aufrufs zum Wettbewerb in Form einer Vorinformation

Abschnitt V: Auftragsvergabe

Ein Auftrag/Los wurde vergeben: ja

V.2. Auftragsvergabe

V.2.1. Tag des Vertragsabschlusses

09/12/2022

V.2.2. Angaben zu den Angeboten

Anzahl der eingegangenen Angebote: 3

Anzahl der eingegangenen Angebote von KMU: 3

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus anderen EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der elektronisch eingegangenen Angebote: 3

Der Auftrag wurde an einen Zusammenschluss aus Wirtschaftsteilnehmern vergeben: nein

V.2.3. Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde

Offizielle Bezeichnung: Görlach Elektrotechnik GmbH

Postanschrift: Hauptstraße 27

Ort: Alfeld

NUTS-Code: DE259 Nürnberger Land

Postleitzahl: 91236

Land: Deutschland

E-Mail: info@goerlach-elektro.de

Telefon: +49 91579279370

Fax: +49 9157250

Der Auftragnehmer ist ein KMU: ja

V.2.4. Angaben zum Wert des Auftrags/Loses

Gesamtwert des Auftrags/Loses: 531 898,54 EUR

V.2.5. Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3. Zusätzliche Angaben

Der Auftraggeber wird voraussichtlich Verhandlungen über die eingegangenen Erstangebote durchführen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich als Telefonate oder Videokonferenzen durchgeführt. Genaueres wird der Auftraggeber im Verfahren allen Bietern mitteilen.

Folgende Termine gelten vorläufig:

31.10.2022 Aufforderung zur Angebotsabgabe

11.11.2022 Fristende Erstangebote

17.11.2022 Verhandlungsgespräche

21.11.2022 Fristende finale Angebote

Die finalen Angebote müssen wieder über die Vergabeplattform eingereicht werden. Dies gilt auch dann, wenn der Bieter sein Angebot inhaltlich unverändert lassen möchte.

Bewerber-/Bieterfragen sind bis jeweils sechs Tage vor Ablauf der Teilnahmefrist bzw.

Angebotsfrist über die Vergabeplattform zu stellen. Danach können Bieterfragen unbeantwortet bleiben, wenn kein korrekturbedürftiger Mangel in der Ausschreibung vorliegt.

Die Öffnung der Erstangebote und der finalen Angebote führt die Verfahrensbevollmächtigte der Auftraggeberin (Kontaktstelle) im virtuellen Beisein (Videokonferenz) eines Vertreters der Auftraggeberin durch.

An den Öffnungsterminen dürfen Bieter oder ihre Bevollmächtigten nicht teilnehmen.

Die Bieter müssen im Teilhabeantrag erklären, dass für sie keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB, bzw. § 6e EU VOB/A vorliegen oder nachvollziehbar erläutern, dass sie trotz Vorliegens solcher Gründe wegen einer Selbstreinigung nach § 125 GWB bzw. § 6f EU VOB/A nicht vom Vergabeverfahren auszuschließen sind.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YLV6JE6

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Mittelfranken - Vergabekammer Nordbayern

Postanschrift: Promenade 27

Ort: Ansbach

Postleitzahl: 91522

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de

Telefon: +49 981531277

Internet-Adresse: <https://www.regierung.mittelfranken.bayern.de/service/vergabekammer/index.html>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Unternehmen haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieter- und bewerberschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber.

Sieht sich ein am ausgeschriebenen Auftrag interessiertes Unternehmen durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, muss es diesen Verstoß innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gegenüber dem Auftraggeber rügen (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB). Solche Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung

benannten Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GWB). Solche Verstöße, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gerügt werden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 GWB).

Teilt der Auftraggeber dem Unternehmen mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, so hat das Unternehmen die Möglichkeit, innerhalb von 15 Tagen nach Eingang dieser Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer zu stellen (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Zuständig ist die unter Ziffer VI.4.1) benannte Vergabekammer.

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor Erteilung des Zuschlags gemäß § 134 Abs. 1 GWB über die beabsichtigte Nichtberücksichtigung und die Zuschlagsabsicht informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung der Information per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach Absendung der Information durch den Auftraggeber.

Hinweis: Der Auftraggeber ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Die Beteiligten haben ein Recht auf Akteneinsicht gemäß § 165 GWB. Um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren, teilen Sie uns konkret mit Bezug auf die entsprechenden Dokumente des Angebotes mit, welche Informationen als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu behandeln sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

10/05/2023